

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkältigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Aboptionspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 2000.— Mf. bei Selbstabholung 1780.— Mf. — Preis der Einzelnummer 80.— Mf. — Telefon für Konsul und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24596 — Telefon für die Interaten-Abteilung: Nr. 12721. Postleitzettel-Nr. 58477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18698. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24596

Interatenpreise: Die 10 gehaltene Kolonialzelle oder deren Raum 200.— Mf.
bei Plakatschrift 250.— Mf.; Familiennachrichten von Privaten, die
10 gehaltene Kolonialzelle 75.— Mf. — Reklame-Kolonialzelle 1000.— Mf.
Schluss der Interaten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Aussträger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Dollar fiel, die Preise steigen.

Das Berliner Tageblatt berichtet in seiner Nummer vom 19. Februar:

Die Vereinigung deutscher Eisenbahngesellschaften erhöhte die Aufschläge für Amerikaner auf 44 700 Prozent, irische Eisenbahn- und Gußwaren auf 47 100 Prozent, irische Blechwarenkunden auf 51 800 Prozent, die Vereinigung deutscher Kesselfabrikanten um 1000 Prozent, die Vereinigung westdeutscher Topfgußfabrikanten um 25 Prozent, die Dachseiter-Bausaus-Vereinigung um 35 Prozent, die Spülflaschen-Gießerei-Vereinigung: Rohgut 4630 Prozent, eml. Guß 5000 Prozent. — Der Verband der deutschen Vereedelungsanstalten für Baumwollwolle Gemeinde G. V. in Böhlitz hat, wie der „Konsolidator“ erläutert, den Teuerungszuschlag für alle Ablieferungen vom 20. Februar auf 18 000 Prozent festgesetzt. Der leichte Zuschlag vom 1. Februar betrug 9000 Prozent. So daß die Baumwollvereder ihren Zuschlag nunmehr verdoppelt haben. — Die Vereinigten Baumwollfabrikanten erhöhten den Multiplications mit Berechnung ab 8. Februar für Fischbänder auf 8180 Prozent, für Einschlüsse auf 8580 Prozent.

In der Sonntagnummer des Berliner Moskaublattes war zu lesen:

Damit ist das, was wir immer schon gesagt haben, auch ergibt beweisen, daß nämlich gewisse Gruppen von Warenexperten mit ihren Warenpreisen zwar automatisch mit dem Dollartaus in die Höhe gehen, daß sie aber in Zeiten rücksichtiger Deosenkurse den notwendigen Preisabbau nur ungleich langsam mit machen. In der Gruppe „Ergebnisse der Handelswirtschaft und Wirtschaft“ ist besonders unter dem Eindruck der der Produktionsgebundenen Waren und der Wissenspreise, die trotz des Devisenrückgangs liegen, eine Erhöhung um 23 Prozent zu verzeichnen.

Die Preistreibereien der Industrie und des Handels gehen also unentwegt weiter, trotzdem der Dollar von 50 000 auf 20 000 gefallen ist, und wenn das führende Berliner Börsenblatt dem Unternehmertum so ins Gewissen reibt, dann liegt das schwerer, als wenn irgend ein Arbeiterorgan auf die schamlosen Treibereien der Industriellen und der Kaufleute verwirkt. Das charakterisiert das eigentliche Streben der bestehenden Klasse, die sich im Nationalismus überzeugt und den Arbeitern das Notwendigste zum Leben raubt. Daß die Arbeiter in diesem Profitsstreben nicht zurückstehen wollen, zeigt die Entwicklung der Getreidepreise. Während sich in den letzten Tagen ein vorübergehender Abschlag bemerkbar machte, so daß Weizen vorübergehend mit 40—41 000 Mf. pro Zentner notierte, so sind die Preise an der gestrigen Produktenbörsen zu Berlin bereits wieder auf 51—52 000 Mf. gestiegen.

Wir fragen die Reichsregierung, was sie zu unternehmen gedenkt, um diese Preisziele zu unterbinden? Wir fragen, ob sie es dulden will, daß die deutschen Baumwollindustriellen für alle Lieferungen vom 20. Februar ab einen Teuerungszuschlag von 18 000 Prozent verlangen, obwohl gegenwärtig die Mark eine Entwertung um nur das 500fache zu verzeichnen hat. Die Arbeiterschaft wird daraus weiterhin die Folgerung zu ziehen haben, daß irgend ein gemeinsames Vorgehen mit den Parteien der bestehenden Klasse lediglich den Interessen der Kapitalisten dient. Mögl. zeigt deutlicher die Notwendigkeit, jede Gemeinschaft mit den Parteien eines derartigen Preiswuchersatzes abzulehnen, als diese schamlosen Tathaken. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!

Dr. Wirth zur Ruhrfrage.

Stuttgart, 20. Februar. (B. L.) Auf dem Kreisparteitag der schwäbischen Zentrumspartei sprach der frühere Reichskanzler Dr. Wirth über die gegenwärtige Lage. Er sagte u. a.: Der 18. November vorigen Jahres war ein erfreulicher Tag, weil alle Parteien mit der Note an die Reparationskommission einverstanden waren. Wir haben die Gewaltstreiche der Alliierten beantwortet mit dem Erfüllen der Großen Linie der englischen Politik: Frieden in Europa. Damit haben wir den klaren Willen zu Leistungen befunden. Im Abwehrkampf müssen wir einig hinter der Regierung stehen von Konstanz bis zum Rhein und von Kassel bis nach Königsberg. Der heutige Abwehrkampf muß mit moralischen und materiellen Mitteln unterrichtet werden. Der Gedanke, uns zu verbündigen mit den ehemaligen Gegnern, war und ist immer lebendig. Was am Rhein geschehen ist, ist eine Schande für eine gesetzte Nation wie Frankreich. Frankreichs politische Pläne haben bis jetzt eine Verständigung verhindert. Durch das Stinnes- und Dührssch-Abkommen war man auf dem besten Wege. Poincaré hat dies verhindert. Will das siedende Frankreich eine Verständigung, so kann es sie morgen beginnen. An der Spitze meiner Politik stand: Durch Arbeit zur Freiheit. Poincaré hat geantwortet: Durch die Gewalt.

Die Amerikaner können keine Schritte unternehmen

London, 19. Februar. Reuter meldet aus Washington, heute sei dort erklärt worden, in Erwähnung von endgültigen Zusicherungen, daß eine amerikanische Intervention zusammen sein würde, werden die Vereinigten Staaten keinesfalls Schritte in den europäischen Angelegenheiten unternehmen.

Das singierte Interview.

Wir brachten gestern ein Interview, das der Reichskanzler dem Korrespondenten der Sunday-Times in Berlin gewährt hatte. Dr. Guno sprach auf eine Frage des Journalisten die Erwartung aus: England möge einen Druck auf die Franzosen ausüben, um sie zum Rückzug aus dem Ruhrgebiet zu bewegen. Jetzt stellt sich heraus, daß dieses Interview eine glatte Erfüllung ist. Der Vertreter der Sunday Times erklärt, sein derartiges Interview gehabt zu haben. Trotzdem hat diese singierte Unterredung ein eigenartiges Schiff gefunden. In England hat man scheinbar dieses Interview ernsthafter aufgefaßt. Die Londoner Montags-Morgenblätter haben zu dem erfundenen Interview eingehend Stellung genommen, sie sind, wie die B. Z. am Mittag mitteilte, von maßgebenden englischen Stellen zu ihrer Stellungnahme inspiriert worden. Leider versagt auch diesmal, wie schon in anderen Fällen, das offiziöse Wolffbüro vollständig, so daß man auf die oben genannte Darstellung der B. Z. angewiesen ist.

In der halbamtlichen Antwort auf das Interview heißt es, daß England die französische Ruhtraktion durchaus mitbillige, daß es trotzdem der Verbündete Frankreichs bleibe und seine der regierenden Persönlichkeiten könne als besonderer Freund Deutschlands angesprochen werden. Es werde gut sein, wenn sich Deutschland in diesem Punkte keine falsche Vorstellung machen würde. Hinsichtlich des Wunsches nach einer englischen Vermittlung wird erklärt, daß Voraussetzung dazu sei, sich in diplomatischen Zirkeln offen auszuprechen. Eine Vermittlung aber könne nur erfolgen unter Voraussetzungen, die etwa folgendermaßen lauten müßten:

Es müsse in der Volljährigkeit des Reichstages in der Form einer Resolution eine von der Volksvertretung garantierter Erklärung abgegeben werden, in welchem Maße Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen freiwillig nachzukommen gedenke. Die Induzierstellen müßten durch ihre Abgeordnetenvertreter im Reichstag ebenso offen erläutert lassen, daß sie bereit sind, an diesen Reparationsverpflichtungen ihren vollen Anteil zu übernehmen.

Diese Entschließung des Reichstages müsse mit solcher Macht angenommen werden, daß keine der bedeutenderen politischen Parteien sich von der Zustimmung ausschließe, damit nicht die Gefahr besteht, die Entschließung später durch eine starke Opposition widerzuholen zu sehen.

Demnach wird also dem Reichstag die Initiative für weiter vorzunehmende Schritte zugeschoben und wir würden es für durchaus zweckmäßig halten, wenn die Vertretung des Deutschen Volkes in eine Erörterung der von England vorgezeichneten Wege eintreten würde. Wir halten es nach wie vor für einen schweren Fehler, daß Dr. Guno seine Vorschläge, die er in Paris machen wollte, noch immer nicht publizierte. Wir sind auch weiterhin der Auffassung, daß angesichts der mächtlichen Konstellation Deutschland den ersten Schritt unternehmen muß. Das mag den nationalistischen Geistern nicht akzeptabel sein. Zuletzt aber wird auch der Taumel des Nationalismus nicht dazu beitragen, die Hauptrichter des deutschen Wirtschaftslebens wieder zurückzugehn. Mit nationalistischen Geistern ist nichts getan. Sie wirken lächerlich, was erst in diesen Tagen eine Teil-Aufführung im Schauspielhaus zu Berlin bewiesen hat. Der dort im Zuschauerraum wiederholte Rüttelschub wird auf jeden nächsten denkenden Menschen nichts anderes als den Eindruck vollständiger Hilflosigkeit erwecken, um so mehr, da im wirtschaftlichen Leben von diesen Schwören „ein einig Volk von Brüdern zu sein“, nicht allzuviel zu spüren ist. Erst gestern nahmen wir Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie die bestehende Klasse bestrebt ist, die Einheitsfront zur Durchführung zu bringen. Sobald der Wille zur Einheit mit der Profitier der Unternehmer in Widerspruch gerät, dann wird immer das egoistische Streben nach Gewinn dominieren. Die Unternehmer denken gar nicht daran, trotz der gestiegenen Marl, die Preise entsprechend herabzusetzen. Damit allein wäre die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, die ja nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch in den unbekannten Provinzen der eigentlich Träger des Kampfes ist.

Bei solchen Erfahrungen wirken diese Theaterschwüre nur als Komödie, und das muß für uns die Veranlassung sein, alle Wege der Erörterung zu unterziehen, die etwa geeignet wären, zu einem nur einigermaßen annehmbaren Auffordern mit dem Gegner zu gelangen. Wenn man sich schon mit dem Gedanken traut, eine Intervention Englands anzustreben, dann müssen schnellstens die Voraussetzungen dazu geschaffen werden. Die aber liegen in der Richtung, wie sie von den halbamtlichen Informationen der Londoner Blätter vorgezeichnet wurden. Während des Krieges hat die Friedensresolution Erzberger-Scheidemann dem Willen zur Verständigung einen starken Anstoß gegeben. Der Reichstag war der Träger dieser Vermittlungsgedanken und wenn es nicht gelang, auf dieser Basis eine Konversation mit den Gegnern herbeizuführen, dann war das die Schuld des absolutistischen Systems, dem der Reichstag eben lediglich als Arbeiste diente. Jetzt ist die Souveränität des Volkes auf den Reichstag übergegangen und infolgedessen hat dieser mehr noch wie während des Krieges die Pflicht, die Initiative zu übernehmen. Nur eine einmütige Erklärung des Reichstages und ein freiwilliges Angebot über die Höhe und Art der Reparationsleistungen, um die wir nun doch nicht herumkommen, wäre imstande, den englischen Interventionswillen, soweit er vorhanden ist, zu stärken. Würde sich der Reichstag entschließen, einen derartigen Schritt zu gehen, dann

Ablehnung des liberalen Abänderungsantrages.

London, 19. Februar. Unterhaus. Der liberale Abänderungsantrag zur Antwort auf die Thronrede wurde mit 305 gegen 196 Stimmen abgelehnt. (Die Liberalen und die Arbeiterpartei stimmen also ziemlich geschlossen!)

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 22000 Mf.